

Thermographie des Bundeskanzleramtes in Berlin: Die Regierungsgebäude sind meist von überdurchschnittlicher Energieeffizienz



## Energie und Zukunft

FA/DPA/ZB

Alle sprechen von Energieeffizienz. Meist steht dabei umweltgerechte Wärmeerzeugung im Zentrum. Neue Gesetze bestärken neue Technologien

Von Jost Burger

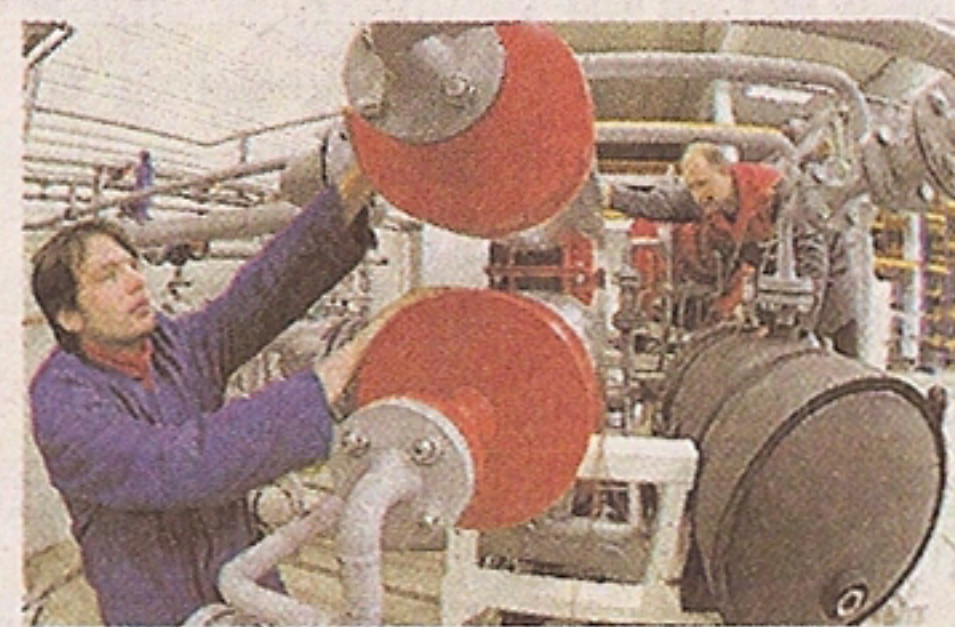
**KLIMASCHUTZ** per Bauverordnung: Dieser Ansatz hat jede Berechtigung. EU-weit gehen immerhin etwa 40 Prozent des Energieverbrauchs in die Versorgung von Gebäuden mit Strom, Heizung und Warmwasser. Für Neubauten gelten deshalb hierzulande seit einigen Jahren strenge Obergrenzen. Doch das größte Potenzial für energetische Baumaßnahmen steckt im Bestand. Bestehende Gebäude verbrauchen im Schnitt dreimal so viel Energie wie Neubauten. Durch fachgerechtes Sanieren und moderne Gebäudetechnik können bis zu 80 Prozent davon eingespart werden, schätzen Experten wie die der Deutschen Energieagentur (dena), einem Gemeinschaftsunternehmen der Bundesrepublik und mehrerer Banken.

Die deutschen Anforderungen liegen in vielen Fällen weit über dem, was in den anderen EU-

Ländern vorgeschrieben ist. Nicht alle Akteure sind damit glücklich, doch der Standpunkt des Gesetzgebers ist eindeutig: „Hauseigentümer und Mieter bekommen bereits heute die hohen Kosten für Heizung und Warmwasser zu spüren. Nicht zuletzt stellt der Klimawandel eine erhebliche Bedrohung dar. Umso wichtiger ist es, Häuser so zu bauen oder zu sanieren, dass sie kaum Energie benötigen“, so Thomas Kwapich, Bereichsleiter Energieeffiziente Gebäude bei der dena. Der Staat fördert energieeffizientes Bauen durch zahlreiche Maßnahmen.

Dabei muss er auch internationale Entwicklungen im Auge behalten. Der Entwurf der Novelle der Europäischen Richtlinie über die Gesamtenergieeffizienz von Gebäuden (EPBD) sieht die Einführung von „Fast-Nullenergiehäusern“ in Europa vor: ab dem 1. Januar 2021 für alle Neubauten. Zu machen ist das nur mit moder-

nen Technologien. Die meisten Experten sind sich einig: In der Praxis wird es bei Neubauten auf eine Kombination von Wärmepumpensystemen und Solarthermie hinauslaufen. Photovoltaikanlagen liefern sauberen Strom, was dann von Energieanbietern zugekauft wird, ist – idealerweise – ebenso sauber erzeugt. Eine aktuelle Studie hält es für realistisch, dass sich der Anteil an Wärmepumpen am Heizungsmarkt von heute rund zehn Prozent bis 2030 verdreifachen könnte. Mit viel Optimismus



Zukunftsweisend: die neu entwickelte Hochtemperatur-Wärmepumpe einer deutschen Firma

startet der Branchenverband denn auch in diesem Jahr ab dem 17. April seine deutschlandweiten Aktionswochen, bei denen sich Privatleute und Fachwelt über den Stand und Möglichkeiten der Technik informieren können.

Rosige Aussichten fürs Klima – zumindest was Neubauten angeht. Doch ob die EnEV im Bestand viel bewirkt, ist in der Fachwelt umstritten. Energetische Sanierungen sind hier nicht grundsätzlich Pflicht. Bürogebäude und große Wohnbauten sind oft investorengetrieben, da besteht wenig Interesse an Mehrkosten.

Anders sieht es bei Eigenheimen aus. „Deutschlands Hausbesitzer und private Bauherren sind hoch motiviert. Sie möchten energetisch sanieren“, sagt Thomas Penningh, Vorsitzender des Verbands Privater Bauherren. Allein: Es hapert am Geld. Die Förderungen vom Staat gibt es nämlich erst, wenn die Vorschriften noch unterboten werden – bei Einhaltung der Standards bleiben Sanierer auf den Kosten sitzen. Dennoch – pragmatische Überlegungen dürften letztlich auch die Betreiber von Bestandsbauten zwingen, besser zu dämmen oder moderne Heiztechnik einzubauen. „Wir sehen eine starke Nachfrage nach Heizungen auf der Grundlage erneuerbarer Energien. Bei Bestandsbauten geht es oft schlicht um die Frage, ob die Kosten für Öl und Gas in 15 Jahren noch bezahlbar sind“, sagt Alexander Gnann, Geschäftsführer einer Wärmetechnik-Firma.

### Sparen wird vom Staat verordnet

#### STRENGE NORMEN

Die energetischen Anforderungen an Neubauten und sanierte Altbauten wurden in Deutschland erstmals 2002 in der Energieeinsparungsverordnung

(EnEV) zusammengefasst. Die aktuellen Regeln gelten seit 2009.

#### EHRGEIZIGE ZIELE

Das Erneuerbare-Energien-Wärmegesetz (EEWärmG) regelt,

woher die Energie für Heizung und Warmwasser kommen muss – möglichst aus erneuerbaren Energien. Eine europaweite Novelle sieht ab 2021 sogenannte Fast-Nullenergie-Häuser vor.

### Inhalt

- Interview mit Bundesbauminister Ramsauer WR 2
- Stadion, Hallen, Schulen: Großer Einsatz WR 3
- Erde, Wasser, Luft: Woher die Wärme kommt WR 4
- Niedrigenergie: Es darf gespart werden WR 6
- Wärmepumpen-Aktionswochen: Der Service WR 7

### Minister Röttgen Schirmherr der Aktionswochen

„Ich unterstütze die Wärmepumpen-Aktionswochen, denn jede Wärmepumpe ist ein weiterer Baustein für eine von Energieimporten unabhängige, sicherere und wirtschaftlichere Wärmeversorgung.“ Das sagt Bundesumweltminister Norbert Röttgen (CDU). Er wird Schirmherr der bundesweiten Wärmepumpen-Aktionswochen vom 17. April bis zum 2. Mai. Auf rund 2000 Veranstaltungen können sich dann Bauherren, Hausbesitzer und Mieter, aber auch Planer und Architekten näher über das Thema informieren.

Ein Anliegen, das der Bundesumweltminister gern transportiert, wie es in einer Mitteilung des Bundesverbandes Wärmepumpe (bwp) heißt. Röttgen wird zitiert: „Die erneuerbaren Energien sollen möglichst bald den Hauptanteil an der Energieversorgung übernehmen. Das ist erklärtes Ziel der Bundesregierung.“ Der Minister weiter: „Wärmepumpen haben sich hierbei zu einer zunehmend erfolgreichen und vielseitigen Technologie (...) entwickelt: Sie machen Umgebungs-, Erdwärme oder Abwärme nutzbar und bieten gleichzeitig Speicher- und Ausgleichsmöglichkeiten für Strom aus erneuerbaren Quellen zu Zeiten, in denen diese einen deutlichen Stromüberschuss produzieren.“ Fossile Heizungen könnten so vollständig ersetzt werden. Röttgens Fazit: „Effiziente Wärmepumpen können also einen wichtigen Beitrag zum Umwelt- und Klimaschutz leisten.“ *kri*

#### IMPRESSUM

Eine Veröffentlichung der „Welt am Sonntag“  
**Chefredakteur:** Jan-Eric Peters  
**Redaktion Sonderthemen, Leitung:** Astrid Gmeinski-Walter (V.i.S.d.P.), Klaus Ries (Stellv.)  
**Redaktion:** Klaus Ries  
**Gestaltung:** Bettina Jülch  
**Anzeigen:** Philipp Zvez (V.i.S.d.P.), Stefanie Scheuer  
 stefanie.scheuer@axelspringer.de  
**Verlag und Druck:** Axel Springer AG, Berlin  
**Redaktionsschluss:** 7. April 2010